

Andreas Koch
Drosselstr. 5
45665 Recklinghausen
KoAndrs@aol.com

(über Kontaktformular
des Bundeskanzleramt an)
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Recklinghausen, 19.12.2008

Osten ist immer noch benachteiligt

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit großem Unverständnis habe ich Ihren Vorstoß vernommen, Westdeutschland bei Infrastrukturprojekten besonders zu fördern. Eine Bevorzugung einer Himmelsrichtung halte ich nicht für richtig. Mir missfällt auch, dass der Bevölkerung im Westen in der gegenwärtigen Debatte vermittelt wird, dass es in Ostdeutschland nur blühende Landschaften gibt. Nach gut 20 Jahren Einheit hat der Osten immer noch nicht den Anschluss an den Westen geschafft.

Ich kenne die Unterschiede genau, da ich dienstlich in allen Himmelsrichtungen unterwegs war und regelmäßig in meiner Heimatstadt Gotha bin. Mir blutet förmlich das Herz, wenn ich in meiner Heimatstadt teilweise immer noch über die selben löchrigen Straße wie früher fahre oder die zerfallenen Häuser und Reste ehemaliger Betriebe sehe. Die meisten der Betriebe, die zu DDR-Zeiten für den Westen produzierten, sind jedoch inzwischen abgebrochen. Nach der Wende waren die Produkte aus diesen Betrieben plötzlich nicht mehr gut genug und man orderte sie in noch billigeren Ländern.

Man wollte ja nie Geschäfte mit dem Devisenbeschaffer der DDR, Alexander Schalck Golodowski, gemacht haben. Ihm wurde jedoch in Bayern Unterschlupf gewährt, als es ihm in der Wendezeit an den Kragen gehen sollte.

Andere Betriebe fielen der Währungsunion zum Opfer, da die Bürgerinnen und Bürger der Noch-DDR mit dem Tag der Währungsumstellung in ihren bisherigen Geschäften plötzlich keine Ostprodukte mehr in den Regalen vorfanden. Sie mussten also Westprodukte kaufen, egal ob sie es wollten oder nicht. Eine Ausnahme bildeten lediglich Kraftfahrzeuge. Beides werden Sie aus eigener Erfahrung kennen.

An den Fehlern der Wiedervereinigung haben wir noch viele Jahre gemeinsam zu knabbern. Die Arbeitslosenstatistik ist ein Spiegelbild der realen Verhältnisse. Zuletzt lag sie im Osten mit 11,8 % fast doppelt so hoch wie im Westen (6,0 %). Und wenn nicht so viele junge Menschen abgewandert wären, wäre die Arbeitslosenquote im Osten heute noch höher. Das sollten wir nicht vergessen.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die teilweise Deindustrialisierung des Ostens hat nicht nur Auswirkungen auf die Sozialkassen, sondern auch auf die Steuereinnahmen. Nach meiner Auffassung darf deshalb auch der Solidaritätszuschlag nicht einfach wegfallen, er könnte jedoch nach Bedürftigkeit ausgerichtet werden. Es darf auch keine Bevorzugung oder Benachteiligung einer Himmelsrichtung beim Konjunkturprogramm geben. Das Handwerk im Osten geht schon jetzt an Krücken. Das kenne ich aus der eigenen Familie.

Der Solidaritätszuschlag und das Konjunkturprogramm sollten daher nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen zur Anzahl der Bürgerinnen und Bürger und in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote festgelegt werden. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich hierfür einsetzen würden.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für die bevorstehenden Feiertage

gez.: Andreas Koch